

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Die Regierung der Trickser - zu Lasten der Ärmsten

Schwarz-Gelb setzt Chancengerechtigkeit für Kinder aufs Spiel - Von der Leyen rechnet sich die Welt schön

In dieser Woche hat Ministerin Ursula von der Leyen ihre Neuberechnung der Regelleistungen im Arbeitslosengeld II vorgelegt. Das Ergebnis aber scheint schon lange vorher festgestanden zu haben.

Die Schwachen werden gegen die noch Schwächeren ausgespielt. Die Starken werden durch Klientelgesetze noch zusätzlich mit Steuerprivilegien bedient. Diesem rechtskonservativen Gesellschaftsbild hat sich Ministerin von der Leyen offenbar gebeugt: Die Regelsätze für Erwachsene sollen um 5 Euro, diejenigen von 1,7 Millionen Kindern im Armutrisiko überhaupt nicht erhöht werden.

Wie kommen Merkel und von der Leyen auf dieses Ergebnis? Bislang wurden, bezogen auf die Einkommensverteilung, die untersten 20 Prozent der Haushalte zugrunde gelegt, um zu errechnen, was man für ein menschenwürdiges Leben braucht. Jetzt aber wird diese Bezugsgruppe auf die untersten 15 Prozent verengt, um den Regelsatz für Erwachsene festzulegen. Da die neue Bezugsgruppe ärmer ist, wird also der Grundsicherungsbedarf herunter gerechnet.

Das sieht nach Willkür und Manipulation aus, denn eine Begründung liefert der Gesetzentwurf nicht. Schwarz-Gelb erweckt den Eindruck, dass ein politisch gewolltes Ergebnis trickreich herbeigerechnet wurde. Die Ministerin muss Datengrundlage und Berechnung vollständig und unverzüglich aufklären.

Beim Bildungspaket für Kinder hat von der Leyen Vorschläge der SPD übernommen. Das kostenlose Mittagessen ist neu aufgenommen. Das ist gut. Allerdings schummelt von der Leyen bei der Höhe der neuen Mittel. Denn sie rechnet das Schulbedarfspaket mit ein, das wir schon in der Großen Koalition durchgesetzt haben. Und mehr noch: Ohne den Ausbau der Ganztagsangebote in Kita und Schule gibt es auch keine für alle Kinder zugängliche Förderung. Wo die Infrastruktur in den Kommunen fehlt, hängt die Ministerin in der Luft. Dann geht nichts.

Gerade an dieser Stelle aber konterkariert Schwarz-Gelb die Bildungsteilhabe. Denn der Ausbau der Kitaplätze und der Ganztagsbetreuung stockt, weil die Steuergesetzgebung des Bundes den Kommunen das Geld wegnimmt. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen

Betreuungsplatz ab 2013 gerät in Gefahr. Bildungs- und integrationspolitisch kontraproduktive Geldverschwendung wie für das Betreuungsgeld muss die Koalition streichen. Wir brauchen jetzt dringend einen neuen Bund-Länder-Pakt für Bildungsinvestitionen und Infrastrukturausbau. Das öffnet den Weg zu gleichen Bildungschancen in Deutschland, auf dem auch Kinder aus armen Familien eine gute Zukunft finden können.

Wir messen jeden Vorschlag daran, ob er dauerhaft Wege aus Armut und Abhängigkeit weist. Menschen werden bedürftig, weil sie arbeitslos sind oder Arbeit für Armutslöhne tun müssen. An diese Ursachen von Armut und Abhängigkeit traut sich Schwarz-Gelb nicht heran. Im Gegenteil, die Beschlüsse der Koalition verschlimmern und verfestigen die Probleme: Die schwarz-gelbe Blockade von flächendeckenden Mindestlöhnen lässt Millionen von Erwerbstätigen zu Bittstellern um ergänzende Sozialleistungen werden.

Der Bundestag hat in dieser Woche die Arbeitsbedingungen im Bereich der Postdienstleistungen diskutiert – eine Branche, in der viele Beschäftigte auf zusätzliche staatliche Unterstützung ange-

wiesen sind, weil die Löhne nicht reichen.

Auch bei der Leiharbeit liegt vieles im Argen, und die SPD-Bundestagsfraktion nimmt sich dieses Themas entschlossen an (siehe auch den Artikel auf Seite 3).

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir fordern außerdem die Stärkung der Tarifstrukturen und angemessene Lohnzuwächse. Mindestlohn und ordentliche Tariflöhne sind die Mittel, um das Lohnabstandsgebot zwischen Transferleistungen und Erwerbseinkommen zu wahren. Dadurch würde aus dem Sog nach unten, der die Sozialsysteme belastet, eine Dynamik nach oben, in der mehr Menschen den sozialen Aufstieg schaffen und zu Leistungsträgern der Gesellschaft werden.

Außerdem kürzt Schwarz-Gelb massiv bei den Mitteln für aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Das Erlahmen der Vermittlung aber führt in die Perspektivlosigkeit von Erwerbslosen und letzten Endes in den Dauerbezug von Arbeitslosengeld II. Schwarz-Gelb hat den Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit aufgegeben.

Ein verlorenes Jahr für Schwarz-Gelb

„Traumkoalition“ mit klassischem Fehlstart - Lobbyisten können sich freuen

Ein Jahr ist seit der Bundestagswahl am 27. September 2009 vergangenen. Schwarz-Gelb hat eine Wahl gewonnen, Deutschland aber hat verloren. Angekündigt war eine Wunschkoalition. Die Traumhochzeit von Schwarz-Gelb wurde allerdings im Eiltempo zum Alptraum für Deutschland.

Die erste wesentliche Maßnahme der Bundesregierung war das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das in der Sachverständigenanhörung von nahezu allen Experten abgelehnt wurde: In der Sache alleine ein Klientelbefriedigungs- und Schuldenbeschleunigungsgesetz. Der Gipfel der Steuergeschenke, die ab 2010 gelten, ist und bleibt das Hotelsteuerprivileg. Rund eine Milliarde Euro zu Lasten von Bund, Ländern und Kommunen. Und das in einer Zeit höchster Finanznot.

Bei der Unternehmensbesteuerung hat Schwarz-Gelb wesentliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei

der Unternehmenssteuerreform 2008 auf Dauer zurückgenommen. Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Mrd. Euro.

Seit dem Frühjahr hat eine Mehrheit der Deutschen Schwarz-Gelb das Vertrauen entzogen. Die Koalition bekäme keine Mehrheit mehr. Die FDP fiel in der Wählergunst von 15 auf 5 Prozent. Von der großspurig verkündeten Steuerreform mit angeblichen Entlastungen für die Mittelschicht und für kleine Einkommen ist nichts übrig geblieben.

Die FDP-Minister sind bis auf die Knochen blamiert. Vizekanzler Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuersenkungen unterschreiben wollte, steht mit leeren Händen da. Er hat nicht ein einziges seiner politischen Versprechen gehalten. Die angekündigten Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien, steigende Sozialabgaben und höhere kommunale

Gebühren führen im Gegenteil dazu, dass viele Menschen noch weniger Geld übrig haben.

Seit dem Sommer forciert Angela Merkel die Bedienung der eigenen Klientel. Ob Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- oder Energiepolitik, mit den Beschlüssen der Koalition wird soziale Ungerechtigkeit verschärft, werden neue Privilegien und Begünstigungen eingeführt und Zukunftschancen blockiert.

Die Konjunktur hat sich im zweiten Quartal des Jahres erholt, der Arbeitsmarkt bleibt stabil – doch die Bundesregierung hat nichts dazu beigetragen. Sie sonnt sich im Licht von Entscheidungen der Vorgängerregierungen, in denen die Handschrift der SPD deutlich erkennbar ist.

Arbeitsmarktreflexionen, bessere Vermittlung, mehr Bildungschancen, Stärkung der Kommunen, Konjunkturprogramme gegen die Krise und ein Schutzschirm für Arbeit durch die Regelungen der Kurzarbeit – 2008 und 2009 hat

die FDP gegen alles gestimmt, was Arbeitsmarkt und Wachstum stabilisieren half, die Union hat gezögert und gezaudert.

Am 18. September haben in Berlin 100.000 Menschen gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen den von uns vor zehn Jahren durchgesetzten Atomausstieg verteidigt. Auch die Gewerkschaften kündigen Herbstaktionen gegen die Schwarz-Gelbe Klientelpolitik an. Nach Meinung des DGB werden die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen.

Gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften und Sozialverbänden werden wir gegen die Spaltung der Gesellschaft und die Blockade von Zukunftschancen angehen. Deutschland braucht eine andere Politik.

Selbst im Umfallen tut sich Schwarz-Gelb schwer

Schlingerkurs der Bundesregierung bei Steuermehrbelastungen für energieintensive Unternehmen

Die zu Recht geäußerte Kritik an den Plänen der schwarz-gelben Koalition im Hinblick auf die Steuermehrbelastungen energieintensiver Unternehmen hat Konsequenzen: Die Koalition fällt um. Die Kanzlerin selbst will nun die Pläne wieder fallen lassen.

Dieses Vorhaben ist grundsätzlich zu begrüßen – schöne Worte allein reichen jedoch nicht aus. Es müssen Taten folgen. Die Sparpläne, die auf der Sparklausur ohne industrie- und umweltpolitischen Kompass auf die Schnelle aus rein fiskalischen Gründen erdacht worden sind,

lehnen wir ab. Sie hätten vor allem erhebliche Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen, insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen.

Klar ist, dass vor allem auch energieintensive Unternehmen dazu angehalten werden müssen, alles zu tun, ihre Verbräuche zu verringern. Aber es gab für uns Sozialdemokraten gute Gründe, im Rahmen der ökologischen Steuerreform gleichzeitig mit der Einführung der Energiesteuer die Regelungen für das produzierende Gewerbe so aus-

zugestalten, dass diese zur Erhaltung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht in vollem Umfang mit einer zusätzlichen Steuer auf Energie belastet werden. Im Gegenzug ist mit der deutschen Wirtschaft vereinbart worden, dass sie sich auf die Ziele aus einer entsprechenden Klimaschutzvereinbarung verpflichtet. Diese Verabredungen können nicht einseitig durch die Bundesregierung aufgekündigt werden.

Jetzt sollen die infolge dessen fehlenden Beträge an anderer Stelle mit einer Erhöhung der

Tabaksteuer kompensiert werden – und auch das ist schon wieder höchst umstritten in den Reihen der Koalition. Dies entlarvt vor allem eines: Es geht Schwarz-Gelb gar nicht um das Ziel, den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen zu verfolgen. Und es geht auch nicht darum, sinnvolle Anreize für weitere Energieeinsparungen in der Industrie zu schaffen. Nein, es geht einzig und allein darum, Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen. Sehr deutlich macht dies: Die Fortsetzung kopfloser Politik ohne jegliches Gesamtkonzept.

Leiharbeit regulieren - Missbrauch bekämpfen

„Wenn wir die Leiharbeit nicht vernünftig in den Griff kriegen, werden wir erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff erzeugen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ in der Leiharbeit gilt.“

Mit diesen Worten hat Garrelt Duin in einer Podiumsdiskussion des Zukunftsvertrags Zeitarbeit e.V., eines Zusammenschlusses sieben großer Zeitarbeitsunternehmen (u.a. Adecco, Manpower und Randstad), eine der Grundpositionen der SPD zum Thema Leiharbeit deutlich gemacht.

Gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA), Volker Enkerts, Prof. Dr.

Volker Rieble, Arbeitsrechtler an der LMU München, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe, Pascal Kober, MdB von der FDP-Fraktion und Dr. Wilhelm Adamy, dem Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ging die Runde der Frage „Welche Regulierung braucht Zeitarbeit?“ auf den Grund.

Dr. Adamy vom DGB wies darauf hin, dass es in keiner anderen Branche eine vergleichbar hohe Zahl von Vollzeitbeschäftigten gebe, die ihr Gehalt mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssten. Die Leiharbeit stelle ein besonderes Arbeitsverhältnis da

und müsse auch entsprechend besonders geregelt werden.

Garrelt Duin sprach sich im Zuge der Diskussion für die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro aus. Die von der rot-grünen Bundesregierung 2003 verabschiedete Form des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, nach die Tarifparteien eigene Lohnhöhen festlegen dürfen, habe sich nicht bewährt. Gleiches gelte für den mit der Ausweitung der Leiharbeit erhofften „Klebeffekt“ einer Übernahme in ein Regelarbeitsverhältnis. Auch hier habe die Reform nicht die gewünschten Ziele gebracht. Außerdem müsse die hohe Zahl an sachgrundlos befristeten Zeitarbeitsverhältnissen gesenkt werden. Weiterhin gelte es, den

Leiharbeiten in den Entsendebetrieben bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen.

Erwartungsgemäß sahen die Vertreter der Zeitarbeitsbranche weit weniger Handlungsbedarf. Auch die Vertreter der Regierung lehnten weitere Reformen der Leiharbeit ab. Verbandspräsident Enkerts verwies darauf, dass es sich bei den Leiharbeitern häufig um Hilfstätigkeiten handele. Die Branche spiele daher eine wichtige Rolle, wenn es darum gehe, Beschäftigungschancen für Nicht- oder Geringqualifizierte zu eröffnen.

Garrelt Duin betonte, dieses dürfe der Einhaltung des Grundsatzes „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ nicht entgegenstehen.

Bundesregierung muss maritime Interessen wahren



Die SPD-Küstengang, der Zusammenschluss der SPD-Bundestagsabgeordneten aus den Küsten-Bundesländern, hat die Bundesregierung eindringlich davor gewarnt, die maritimen Interessen in ihrer Energiepolitik zu vernachlässigen. Das Energiekonzept der Bundesregierung muss auch die maritime Wirt-

schaft in den Blick nehmen. Die Seeschifffahrt als einer der wichtigsten Nutzer der Meere kann einen Beitrag dazu leisten, den weltweiten Klimazielen näher zu kommen. Die Meere stellen einen bedeutenden Wirtschaftsraum mit großen Chancen dar. Dabei gehen die ökonomischen Effekte der maritimen Wirtschaft

weit über die Küstenregion hinaus. Rund 95 Prozent des interkontinentalen Güterausstausches werden durch den globalen Seeverkehr bewältigt. Mit dem Wachstum des Schiffsverkehrs nehmen auch die Umweltbelastungen durch Emissionen von Treibhausgasen und anderen Luftschadstoffen zu. Es ist daher wichtig, im Sinne eines umfassenden Energiekonzeptes den Schiffsverkehr einzubeziehen. Um die Energieeffizienz in der Schifffahrt und im Schiffbau zu steigern, muss die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich des maritimen Umweltschutzes intensiviert und besser koordiniert werden.

Von der Ausweitung des Budgets für die Energieforschung muss auch der Schiffbau profitieren. Die Vorreiterrolle der deutschen Industrie müssen wir sichern und ausbauen. Zur Absenkung der Stickoxidemissionen verfügen die deutschen Schiffbau- und Zulieferunternehmen bereits heute über entsprechende Motortechnik. Die schwarz-gelbe Koa-

lition muss sich im Rahmen der International Maritime Organization (IMO) zudem dafür einsetzen, dass technische Innovationen vorangetrieben werden. Nach den kontraproduktiven Beschlüssen der jetzigen Bundesregierung zu den Laufzeiten der Atomkraftwerke erwarten wir ein überzeugendes Signal von Bundesregierung und Energiewirtschaft. Mit der Entwicklung der Windenergie bietet sich die Chance, Deutschland in diesem Zukunftsbereich einmalig gut aufzustellen. Das von Schwarz-Gelb geplante Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ darf jedoch nicht zu einem verzerrten Wettbewerb führen. Wer die erneuerbaren Energien ausbauen will, braucht klare rechtliche Standards. Dazu gehört auch eine Förderung nach festen Vergütungssätzen. Die jetzt von der Bundesregierung diskutierte Verkürzung der Bezugsdauer bei erhöhter Vergütung läuft diesem Ziel zuwider. Dies schadet dem Zukunftsmarkt Offshore-Windenergie, der gerade für die Küstenländer ein enormes Wirtschaftspotenzial bietet.

Nichtregierungsorganisation Merkel - Faktencheck

Leutheusser-Schnarrenberger: Die Ohnmächtige

Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** gilt als Galionsfigur des FDP-Bürgerrechtsflügels. Sie versprach bei ihrem neuen Amtsantritt, dass nun ein anderer Geist einziehen werde. Doch nach den großen Ankündigungen der liberalen Ministerin ist es gespenstisch ruhig in der Rechtspolitik geworden. Die FDP hat sich in der Innen- und Rechtspolitik vollständig abgemeldet und konzentriert sich auf Steuerprivilegien und Klientelgeschenke. Leutheusser-Schnarrenberger, die Ohnmächtige.

Einige Beispiele: Die Bundesjustizministerin legte zwar Eckpunkte zur Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung vor. Diese wurden Ende Juni 2010 vom Kabinett auch beschlossen. Aber:

Nur wenige Tage nach dem Kabinettsbeschluss brach Streit in der Koalition aus: Die Union sperrte sich massiv gegen die Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung und die FDP-Ministerin hatte das wirklich brennende Problem der Altfälle offenbar nicht bedacht. Für bereits verurteilte und in Haft befindliche Gewalttäter soll es nun nach der Haft weiterhin die Möglichkeit einer „sicheren Unterbringung“ geben. Allerdings soll für künftige Fälle die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung nicht mehr möglich sein. Das Verfahren zieht sich in die Länge, und es ist zu befürchten, dass bis zur Rechtskraft des neuen Gesetzes die meisten der Altfälle bereits auf freiem Fuß sind. **Leutheusser-Schnarrenberger** betont zu Recht,

dass bei der Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte im Netz das Sperren solcher Seiten nichts bringt. Deswegen tritt die Ministerin für das effektivere Instrument des Löschens ein. Doch bei der Union und hier vor allem bei der CSU verweigert man sich gegen vernünftiges Denken: rückständig bzw. unbelehrbar wird auf dem Sperren von Internetseiten beharrt. Die Ministerin schaut zu. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie nun endlich konsequent entsprechende Maßnahmen ergreift. Wie verzweifelt die Justizministerin um Anerkennung als Datenschützerin ringt, zeigt sich in dem viel zitierten Vorhaben, eine Stiftung Datenschutz einrichten zu wollen. Die Stiftung soll unter anderem ein Datenschutzaudit entwickeln. Außer der hübschen Verpackung

einer „Stiftung“ ist aber nichts geklärt. Wo bleibt das Konzept? Konzepte und Pläne müssen auf den Tisch. Das Problem drängt. Die Bundesjustizministerin muss handeln. Bei der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften herrscht ebenfalls Ohnmacht. Die Forderung nach dem so genannten großen Adoptionsrecht ist der Koalitionsdisziplin zum Opfer gefallen. Auch im Einkommensteuerrecht werden eingetragene Lebenspartner gegenüber Eheleuten weiterhin benachteiligt, auch hier blockiert die starre Haltung ihres Koalitionspartners. Die Justizministerin muss endlich handeln und einen Gesetzentwurf vorlegen, der eingetragene Lebenspartnerschaften in allen Bereichen mit der Ehe gleichstellt.

Bundesparteitag der SPD

Am vergangenen Wochenende fand der außerordentliche Bundesparteitag der SPD in Berlin statt.

In seiner Rede stellte Sigmar Gabriel die politische Richtung der SPD heraus. Der „Arbeitsparteitag“ machte den klaren Kurs für eine Regierungsübernahme in Deutschland 2013

deutlich. Die aktuellen Umfragen zeigen, dass Rot-Grün eine Mehrheit in unserem Land hat. Darüber hinaus wurden nach ausführlichen Diskussionen Anträge zur Rente mit 67, Integrationspolitik, Energiepolitik sowie zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und anderen Themen beschlossen. Mehr Infos über den Bundesparteitag findest

Du unter www.spd.de

An dem Parteitag nahmen neben Garrelt Duin als Mitglied des Parteivorstandes und Hans Forster als Mitglied des Parteirates auch die UB-Vorsitzende Hilda Christians und der stellvertretende UB-Vorsitzende Ulrich Mittelstädt als Delegierte des SPD Bezirks Weser-Ems teil.

Spruch der Woche

„Wir wollen zu jeder Zeit Kaffee kochen können.“

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zum Kern des Energiekonzeptes der Bundesregierung



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de